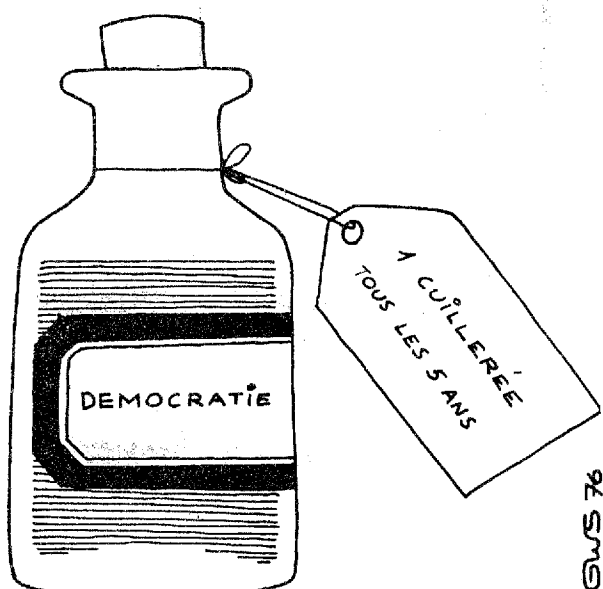


## Bürgerinitiativen gegen Technokratie

Am Beispiel der Kernkraftdebatte hat Guy Rewenig in einem längeren Artikel in "d'Lëtzeburger Land" Nr. 16 vom 16.4.1976 den Konflikt aufgezeigt, der sich zwischen den entmündigten Bürgern und den nach rein wirtschaftspolitischen Interessen entscheidenden Technokraten anbahnt. Die Argumente der Kernkraftwerksgegner würden zwar "demokratisch" zur Kenntnis genommen, doch die Entscheidungskriterien würden anderswo festgelegt. Rewenig schlussfolgert: *"Die Qualität der Demokratie steht zur Debatte, auch die Qualität des Lebens, das sich in einer Demokratie verwirklichen lässt ... Kern der Konfrontation ist die Frage, ob der gemeinsame Lebensraum ausschliesslich von Technokraten reguliert werden soll, ob die eigenständigen Bedürfnisse der Wirtschaft den kollektiven Ansprüchen der Völker einfach übergestülpt werden dürfen, oder ob der Mensch im demokratischen Staat zumindest das Recht hat, seine Vorstellungen vorzubringen und auch berücksichtigt zu sehen."*

Ähnliche Überlegungen drängen sich einem auf nach der Lektüre der in "forum" Nr.6 erschienenen Beiträge zur Pfaffenthaler Explosionskatastrophe: Fachleute aus Politik und Verwaltung waren schnell zur Stelle, präsentierten geschickt aufgemachte Pläne zur Behebung der Probleme, doch bei der Verwirklichung der ersten Hilfsmassnahmen zeigte sich schon, dass diese Leute nicht gewillt waren, alle Möglichkeiten zur Behebung der bestehenden Schwierigkeiten auszuschöpfen und auch an den Bedürfnissen und wahren Problemen der in Pfaffenthal lebenden Menschen vorbeiredeten und vorbeiplanten. Technokraten werden auch hier den Wiederaufbau planen und somit wird eine Rückkehr der sinistrierten Pfaffenthaler angesichts der dann zu erwartenden Mieten ausgeschlossen sein. Und als die Sinistrierten ein Komitee zur Verteidigung ihrer Rechte gründeten, antworteten die Verantwortlichen der Gemeinde, eine solche Vereinigung habe keine legale Basis, und anerkannten als Gesprächspartner nur das offizielle "Syndicat d'initiative", dem kein Sinistrierter angehört.

In beiden Fällen zeigt sich also einmal mehr, dass Technokraten keineswegs politisch neutral sind. *"(Sie) sind vorzügliche Agenten der irrationalen Wachstumsideologie"*, schreibt Guy Rewenig. *"Sie entwerfen, planen, entscheiden, ohne später die politische Verantwortung für diese Entscheidungen zu tragen."* Und diese Pläne und



Entscheidungen stehen natürlich im Dienste der Wirtschaft, der Steigerung der Produktionsraten. Zu Recht stellte eine kalifornische Untersuchungskommission zum Thema Kernkraftwerke fest: *"Wir haben 120 Experten gehört, doch objektive Schlüsse sind nicht möglich, weil die Antworten auf die anstehenden Fragen Werturteile beinhalten. Der Wähler ist daher nicht weniger fähig, solche Urteile abzugeben, als der brillianteste Nobel- Preisträger."* (Die Zeit, Nr.24, 4.6.1976)

Rewenig meint weiter, durch die zunehmende Konzentration der Experten entstehe eine unkontrollierbare Elite, die praktisch jeder Staatsführung ihre Anschauungen aufzwingen könne. Rewenigs Hoffnung, die Bürgerinitiativen könnten die von den Technokraten abhängigen, selbst machtlosen Politiker über ihre Spielball-Rolle aufklären, scheint mir aber illusorisch. In der Tat sind doch die Politiker selbst keineswegs von den Interessen der Wirtschaft unabhängig; man denke nur etwa an die personellen Verflechtungen von Wirtschaft und Politik, die Ralph Milliband sehr deutlich für eine Reihe westlicher Demokratien nachgewiesen hat. ("Der Staat im Kapitalismus", Frankfurt a.M. 1972, Suhrkamp-Theorie). Für Luxemburg fehlen ähnliche Untersuchungen, weil es am statistischen Material fehlt, was ja auch schon auf gewisse Interessen an diesem Fehlen schliessen lässt. Immerhin gab es für das vorige Parlament eine Liste der in Verwaltungsräten vertretenen Abgeordneten (L.W., 21.3.1973). Und schliesslich sprechen das Verhalten der Politiker in Pfaffenthal und die Verbindungen führender Politiker zur Atomkraftlobby eine überdeutliche Sprache, wie mir scheint. Wann wird man wohl den ersten Bestechungsskandal in Luxemburg aufdecken?

Diese Tatsache zeigt denn auch, warum von den politischen Parteien von CSV bis KPL keine Verbesserung in Richtung mehr Demokratie und mehr Lebensqualität zu erwarten ist, vor allem nicht wenn es wie in Pfaffenthal um die Interessen von Randgruppen ohne politisches Gewicht geht. Insofern stellen tatsächlich erst die Bürgerinitiativen eine ernste Herausforderung an die verkrusteten Regeln der parlamentarischen Demokratie dar. *"Sie stellen durch ihre unmittelbare Beanspruchung politischer Mitbestimmung die klassischen Muster staatlicher Entscheidungsprozesse in Frage"* (Rewenig), möchten sie doch ursprüngliche Formen der Demokratie wie unmittelbare Konsultation der Betroffenen, Wiedereinführung demokratischer Funktionen in kleinen Bevölkerungszellen, Widerstand gegen den staatspolitischen Zentralismus, u.ä. rehabilitieren.

Insofern solche Bürgerinitiativen die strukturellen Ursachen des von ihnen angeprangerten Tatbestandes aufdecken, stellen sie eine echte Chance dar, die Bevölkerung politisch zu mobilisieren, der Bevölkerung ihre echten Bedürfnisse (Lebensqualität, etc.) als den kapitalistischen Wirtschaftsinteressen entgegengesetzt bewusst zu ma-

chen. Eine solche gesamtgesellschaftliche Analyse wird denn auch zeigen, dass sie sich keineswegs der Illusion eines Erfolgs hingeben dürfen. Politisch relevanten Erfolg können sie nur haben, indem die gesamte Gesellschaft langsam auf eine Veränderung der sie sich selbst entfremdenden Gesellschaftsstrukturen hindrängt. Nur dann laufen sie auch nicht Gefahr, im Interesse der aktuellen politischen Verhältnisse zu stehen, insofern nämlich diese bekanntlich weitgehend einer demokratischen Legitimation entbehren und Bürgerinitiativen dieses Defizit kompensieren helfen können: *scheinbar werden alle Einwände der Atomkraftgegner "sorgfältig geprüft und auch berücksichtigt (...), wie es sich in einem demokratischen Staat gehört"* schreibt Guy Rewenig.

Um eine echte Bewusstseinsbildung zu erreichen, ist es also z.B. äusserst wichtig, Flugblätter und ähnliche öffentliche Aktionen genauestens vorzubereiten. Schliesslich gilt es auch, sich im klaren darüber zu sein, wie man sich verhalten will, wenn der Konflikt mit der Staatsgewalt - die jedes systemkonforme Verhalten kriminalisiert - offen ausbricht. Aus dem Ausland hat man von Haus- bzw. Geländebesetzungen als Methoden des gewaltlosen Widerstandes gehört ... m.p.

---